

P r o t o k o l l .

über die Verhandlungen des Landtages vom 26. August 1924

Anwesend: Alle Abgeordneten mit Ausnahme des Albert Wolfinger,

Regierungsvertreter: Prof. Schädler,

Protokollführer: Sekr. Nigg,

Den Vorsitz führt Präsident Dr. Beck,

Beginn: 9 Uhr vormittags.

Präsident: eröffnet die Sitzung und bringt zur Behandlung

I. Bericht über den Stand der Arbeiten an der Teilstrecke

=====

der Triesenberger Strasse von der grossen Kurve bis

=====

Frommenhaus. .

=====

Regierungschef: Oberingenieur Hiener und Geometer Schädler haben das Referat für die Landtagsverhandlungen ausgearbeitet, durch die Finanzkommission habe eine Begehung der Strassen-Trace stattgefunden. Er will anhand des Referates eine chronologische Darstellung der Bauphasen geben.

Nach Verlesung des Referates resumiert er::

Die Regierung wird im Juli 1924 aufmerksam gemacht, dass der budgetierte Kredit aufgebraucht sei. Es habe dann von regierungswegen eine Begehung der Trace gemeinsam mit der Baukommission stattgefunden und im August habe auch die Finanzkommission die Bauarbeiten an Ort und Stelle besichtigt. Der Zustand, den die Finanzkommission angetroffen habe, sei im Referate Geometer Schädlers enthalten.

Ende Jänner d.J. sei die Baukommission neu zusammengesetzt worden. Diese habe beschlossen, es seien Offerten einzuholen. Die Kommission habe die Arbeitsvergebung nach den eingegangenen Offerten richtig vorgenommen. Nun seien aber neuerdings Anklagen zu hören, als hätte die Arbeiten nicht die billigste Offerent erhalten. Darum habe Oberingenieur Hiener den Nachtrag geschrieben, den er ebenfalls vorlesen werde (wird vorgelesen). Der Nachtrag sei nur deshalb vorgelegt worden, weil diese falschen Anschuldigungen herumgeboten werden. Baumeister Hilti war der billigste Offerent.

Das sei die Uebersicht über den Strassenbau nach Frommenhaus

Ueber die andere Strecke werde Abg. Frick als Präsident der Baukommission referieren.

Frick: Das Projekt für die Strecke nach Jonaboden sei bei Geometer Schädler in Arbeit. Anhand des Projektes werde man dann sehen, was der Bau weiter koste. Jetzt könnte er darüber keine Auskunft geben.

Präsident: Es frage sich, ob man heute überhaupt zur Sache Stellung nehmen soll, oder ob man nicht zuwarten soll, bis das andere Projekt vorliege.

Wachter: Bei der Strecke nach Frommenhaus sei der Weg vorgezeichnet, bei der anderen Strecke könne man sprechen, wenn das Projekt vorliege.

Walser: Das sei richtig.

Peter Büchel: fragt, ob alle Arbeiter gegen Unfall versichert seien. Er sei die neue Strasse gegangen und habe einen Arbeiter gefragt, ob er versichert sei, was dieser aber verneint habe. Er fragt, ob zweierlei Arbeiter am Strassenbaue beschäftigt seien. Es sollten alle Arbeiter versichert sein.-Der Strassenbau nach Triesenberg bedeute ein Panama für uns. Wir seien hinein gefallen, er möchte daraus aber niemandem einen Vorwurf machen.

Wachter: Wegen der Unfallversicherung ~~kann~~ könne er Auskunft geben. Er habe kürzlich mit dem Bautechniker Ludwig Wachter i/Fa.Hilti gesprochen, der ihm erklärt habe, sie würden niemals die Verantwortung übernehmen, einen Arbeiter nicht zu versichern.

Frick: Hilti sei auch verpflichtet, die Arbeiter zu versichern.

Peter Büchel: Er wollte die Sache nur zur Sprache bringen. Er könne auch den Namen des Arbeiters nennen.

Frick: bittet um den Namen, damit er mit Hilti darüber sprechen könne.

Präsident: Die Sache soll nach der Sitzung ausgemacht werden. Wenn niemand einen andern Antrag stelle, würde er den Gegenstand besprechen lassen, wenn das andere Projekt vorliege. Es nütze nichts, zu philosophieren, die Sache lasse sich nicht mehr ändern.

Regierungschef: gibt anhand des Bauvertrages Auskunft über die Versicherungspflicht Hilti's. Er sei auch dafür, dass die Sache geprüft werde.

Peter Büchel: Er werde den Namen des Arbeiters nach der Sitzung nennen.

Präsident: Er würde jetzt also das Gesetz über die Viehzucht zur weiteren Beratung bringen.

Gassner: Damit ~~er~~ sei er nicht einverstanden, Wir müssen der Regierung den Kredit zum Strassenbau nach Frommenhaus bewilligen.

Präsident: Er hätte gedacht, man wolle das alles mit einander erledigen.

Regierungschef: Die Regierung habe den Auftrag, zu bauen, doch sei der für 1924 bewilligte Betrag um 13 - 14000 Franken überschritten. Dies lediglich zur Orientierung. Er füge auch bei, dass wir heuer nicht mit einer Mehrausgabe über die gesamte Budgetsumme zu rechnen habe. In 14 Tagen werde das andere Projekt auch vorlegen, dann könnte man alles mit einander erledigen.

Walser: Er sei schon anderer Auffassung. Er würde Wert darauf legen, dass die Ueberschreitung genehmigt und ein weiterer Kredit für den Fortbau bis zur endlichen Beratung bewilligt werde. Wenn 20.000 Franken bewilligt seien, könne nur  $\frac{1}{2}$  für soviel gebaut werden. Es sei wegen der Konsequenzen auch wegen anderer Fälle. Er sei ~~der~~ der Auffassung, dass der Kredit bewilligt werden müsse.

Wachter: Walser habe ihm die Sache aus dem Mund genommen.

Präsident: Er mache darauf aufmerksam, dass zuerst ein Beschluss der Finanzkommission vorliegen müsse, was bis jetzt nicht der Fall sei.

Peter Büchel: Er möchte der Regierung beantragen, wenn das andere Projekt vorliege, die Strasse ausstecken zu lassen, damit jeder selbst die Sache ansehen könne. Wir seien mit der <sup>Grasse</sup> ~~Trabe~~ sehr enttäuscht worden und hätten noch  $\frac{1}{2}$  in 10 Jahren mit Abrutschungen zu rechnen. Aufhören könne man heute mit dem Baue nicht mehr,

aber jeder soll sich selbst an Ort und Stelle überzeugen können, wie die Sache stehe.

Präsident: Es gebe noch Abgeordnete, die die Strasse noch nie gesehen haben. Er meine, man solle bei solchen Projekten in Zukunft durch den Landtag an Ort und Stelle einen Augenschein nehmen. Es sollten aber alle mitgehen. Die Abgeordneten können nur auf Treu und Glauben beschliessen. Auch die Finanzkommission müsse mehr hinaus gehen, es gebe dann keine Ausreden mehr. Er unterstütze Peter Büchel, ~~man~~ man solle mehr hinaus gehen, dann wissen wir, wohin das Geld ausgegeben werde. Schliesslich müssen doch die Abgeordneten ja sagen. - Aber nach der Geschäftsordnung müsse er einen Beschluss der Finanzkommission haben, wenn die Sache im Plenum behandelt werden soll.

Kaiser: Er habe die Sache selbst angesehen und sei sehr ueber- rascht gewesen. Teilweise sei schlechte Arbeit geleistet worden, das hintere vor dem vordern gemacht. Auch das Arbeitermaterial habe teilweise zu wünschen übrig lassen. Es soll jeder die Sache an Ort und Stelle ansehen. Mit den Regiearbeiten sollte man aufhören und die Arbeit im Akkord vergeben.

Präsident: wiederholt, dass er Wert darauf legen würde, wenn die Abgeordneten die Sache ansehen würden.

Regierungschef: Präsident Beck habe ja schon vor Wochen einen bezüglichen Antrag gestellt, warum der Antrag nicht ausgeführt wurde, wisse er nicht. Nachdem das Projekt aber bald vorliegen wird, kann die Arbeit ja dann angesehen werden. Walser habe mit der Forderung nach Kreditbewilligung recht.

Präsident: Es sollte sich jeder ueberzeugen und einen Tag opfern, Dann könne er nach seiner Ueberzeugung stimmen.

Frick: Er möchte die Schuld nicht der Arbeiterschaft beimessen. § Die Kommission hatte beispielsweise auch einen Kostenvoranschlag, vorgesehen waren darin 400 m Stützmauern, und heute seien schon mehr als 800 m nötig geworden. Dann seien die Rutschungen

usw. Die Ueberschreitung könne nicht der Arbeiterschaft in die Schuhe geschoben werden.

Präsident: Er ladet die Herren der Finanzkommission ein, zu einer Sitzung abzutreten.

Die Mitglieder der Finanzkommission treten ab.

Nach Wiedererscheinen der Finanzkommission verliest der

Präsident: den Beschluss der Kommission, welcher lautet:

1. Die bisher erlaufenen, den Voranschlag für 1924 überschreitenden Kosten werden genehmigt.
2. Die bis zur Behandlung des Strassenbauprojektes nach Triesenberg im Landtag, weiter erlaufenden Kosten für den Bau nach Frommenhaus werden bewilligt.
3. Die Finanzkommission beantragt, dass der Landtag nach Projektseinlangen die neue Trace der Strasse nach Triesenberg an Ort und Stelle in Augenschein nehme."

Präsident: Der Antrag steht zur Diskussion. Er hoffe, dass die Regierung darauf dringe, dass das Projekt Schädler bald vorliege.

Der Antrag der Finanzkommission wird mehrheitlich angenommen.

II. Gesuch des gewesenen Kanzleileiters Gregor Nigg in  
=====  
Vaduz um eine Abfertigung.  
=====

Wachter: würde nur die Pensionsfonds-Beiträge zurückzahlen.

WQuaderer: schliesst sich Wachter an.

Walser: Er empfehle den Antrag zur Annahme. Wenn Nigg ein ärztliches Zeugnis gebracht hätte, dann hätte er Pension erhalten

Regierungschef: Nigg sei ein vorzüglicher Beamter mit grossem Pflichteifer und Zuverlässigkeit gewesen. Er empfehle Annahme des Antrages:

Der Antrag wird mehrheitlich ~~angenommen~~ angenommen.

III. Gesetz betreffend die Viehveredlung.

Präsident: Die Herren Abgeordneten werden den Verordnungsentwurf nun gelesen haben, es frage sich, ob es nützlich sei, denselben hier zu besprechen. Wir haben nur über das Gesetz abzustimmen.

Regierungschef: Der Verordnungsentwurf ist 3 mal im Kollegium und zweimal in der Finanzkommission vorgelegen. Was den Abgeordneten heute vorliegt, ist schon 5. oder 6. <sup>mal</sup> abgeänderte Druck. Es seien aber noch einige Aenderungen anzubringen, die er mit dem Landestierarzt besprochen habe. Im Art. 9 sollte es beispielsweise 15. November heissen. Im ersten Entwurf sei der 1. November gestanden, aber in der Finanzkommission sei die Aenderung auf 31. Dezember vorgemommen worden. Der Landestierarzt habe ihm heute früh erklärt, dass er sich der Verordnung anschliesse.

Präsident: Das Gesetz müsse textlich umgestaltet werden. Art. 1 müsse Nr. 2 und Nr. 2 Art. 1 werden. Auch könne durch die Verordnung kein Amtszwang und keine Strafsanktion geschaffen werden. Dies müsse in das Gesetz aufgenommen werden.

Protokollführer Nigg tritt zur Umarbeitung des Gesetzes ab.  
~~Präsident~~ Fortführung des Protokolles nach Wieder-Erscheinen.

Präsident: Das Wort Lokal-Viehveredlungskommission solle durch Gemeinde-Viehveredlungskommission ersetzt werden.

Regierungschef: gibt über die Entstehungsgeschichte der Verordnung noch einmal Auskunft. Wir müssen so rasch handeln, damit es möglich wird, heuer die Stiere womöglich hier einzukaufen. Das neue Gesetz müsse ja noch heuer vorgelegt werden. Bei der Ausarbeitung desselben sollen dann die Interessenten gehört werden. Die Wünsche des Bauernvereins <sup>seien</sup> /im Verordnungsentwurfe berücksichtigt worden. Nur der Genossenschaftsgedanke konnte nicht berücksichtigt werden. Auch der Landestierarzt habe ihm erklärt, der Genossenschaftsgedanke könne in der Verordnung nicht berücksichtigt werden und sei zu überlegen. Die Angelegenheit sei also reiflich durchgesprochen worden. Der Genossenschaftsgedanke aber müsse noch reiflich diskutiert werden.

Was die Punktzahl der zum Sprunggeschäfte zuzulassenden Stiere anlange, so hätten wir lieber ein Minimum von 74 gehabt, doch habe die Finanzkommission sich für 72 entschieden. Um die Sache durchzubringen, haben wir nachgegeben. Ebenso sei es mit Art. 9,

wo durch die Finanzkommission der Termin auf den 31. Dezember hinaufgesetzt wurde. Wir hatten den 1. November vorgesehen.

Die neue Vorlage hat sicher noch ihre Fehler, nachdem aber der Bauernpräsident und der Landestierarzt sich einverstanden erklärten, werde ~~nicht~~ es für die 4 monatliche Giltigkeit derselben sicher keinen Anstand geben. Wichtig sei in der Verordnung auch die Einführung der Punktierkarten. Man könne bei diesem System nicht wieder nachher kommen und Tiere umstellen. So haben wir nachher eine Kontrolle. Für die Prämierung selbst müssen die Leute den Platz verlassen. Es seien auch noch Bestimmungen in der Verordnung, die ihm selber nicht gefallen, aber man musste sich auf Kompromisse einlassen. Im Ganzen und Grossen könnte er die Verordnung aber nicht anfechten lassen. Das neue Gesetz soll dann gründlich beraten werden.

Peter Büchel: Es fehle zwar an der Zeit, er müsse aber doch noch einige Bemerkungen anbringen. Er sei überzeugt, dass der Regierungschef nur das beste ~~wahlt~~ gewollt habe. Das Punktierwesen sei noch nicht alt. In der Schweiz werde bei der Punktierung auch die Abstammung berücksichtigt. Man soll nur am Rapperswiler Markt nachschauen. Er möchte niemand nahe treten, aber er müsse folgendes erwähnen: Mauren habe vor <sup>einigen</sup> Jahren in der Schweiz einen Stier mit der Punktzahl 78 79 gekauft, hier habe der Stier noch 71 Punkte gewertet. Die Punktierung sei nicht immer so zuverlässig. Er möchte hierauf hingewiesen haben. Die Punktierung sei sozusagen Mode geworden. Ein Schema, das nicht angefochten werden kann, könne nicht aufgestellt werden.

Präsident: Er möchte darauf aufmerksam machen, dass die Zeit für die Vorlage des neuen Gesetzes zu kurz sei.

Peter Büchel: Er möchte es begrüßen, wenn das neue Gesetz doch noch heuer eingebracht würde.

Wachter: ~~Sagen~~ Er müsse sich gegen die Wahl der projektierten Redaktionskommission aussprechen. Ebenso gegen die Bestimmung,

dass die Gemeindegewählungen durch die Viehbesitzer gewählt werden. Auch Art. 15 (Alpung der Gemeindestiere gehe nicht. Die Bestimmung wegen Tragung des Defizites aus der Gemeinde-Zuchtstierhaltung sei nicht klar. Die Frist für die neugekalbten Kühe für die Prämierung sei zu kurz. Auch seien nicht alle Bauern beim Herdebuch.

Bargetze. Art. 16 der Verordnung gefalle ihm ~~nicht~~ nicht, es könne einer auch im Winter einen Stier kaufen.

Gubelmann: Wächter habe betont, dass die Lokalkommissionen nicht durch die Viehbesitzer gewählt werden sollen. Er wisse nicht, wie die Praxis in Schaan sei, aber in Gamprin sei man immer nach dieser Regel vorgegangen. Das Defizit werde auf die Viehbesitzer/ bei ihnen/umgelegt.

Peter Büchel: unterstützt Gubelmann, die Gemeinde habe für die Zuchtstierhaltung nichts zu bezahlen, zahlen müssen die Viehbesitzer und nicht die Gemeinde. Unterstützt Bargetze wegen Änderung des Art. 16, Die Bestimmung sei gut gemeint, aber wenn während des Jahres eine Seuche ausbricht, so könne man den Stier erst später kaufen. Es liesse sich überhaupt noch manches reden.

Frick: fragt Peter Büchel, wie sich die Lokalkommission hiezu/stelle. Die Gemeinde müsse sich mit Stieren doch vorsorgen.

Büchel-Ruggell: Das Defizit sei von den Viehbesitzern zu tragen.

Bargetze: hält an seiner Bemängelung des Art. 16 fest.

Peter Büchel: bringt ebenfalls noch weitere Ausführungen wegen des Art. 16 (Anmeldefrist der Stiere).

Regierungschef: Im neuen Gesetze könne die Sache dann weiter ausgeführt werden. Die Verordnung sei ja nur ein Provisorium.

Präsident: schlägt für die Wahl der Redaktionskommission die Abg. Bargetze, Frick und Peter Büchel vor.

Matt: Er würde keine neue Kommission wählen, man könne die Verordnung sowieso nicht nach jedem Wunsch gestalten. Die Arbeit werde so in Kleinigkeiten zersplittert. Er würde über das Gesetz abstimmen.

Quaderer: unterstützt den Präsidenten und beantragt über den Antrag abzustimmen.

Walseer: Wenn jetzt nicht über das Gesetz abgestimmt werde, dann komme er dann durch mehr als 1 Stunde mit neuen Vorschlägen.

Präsident: lässt über den Antrag, eine Redaktionskommission zu wählen, abstimmen.

Der Antrag findet nicht die nötige Unterstützung, es kommt daher zur Abstimmung über den Kommissionsantrag.

Gassner: Er sei gestern derjenige gewesen, der die Verschiebung auf den heutigen Tag beantragt habe. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, dass man die Vorlage als Provisorium annehmen könne. Art. 16 sollte neu redigiert werden. Speziell habe er bezüglich der jetzigen Fassung für Triesenberg grosse Bedenken. Die Punktzahl von 72 würde er für Privatstiere fallen lassen. ~~Stump~~ Statt Defizit würde er lieber einen anderen Ausdruck setzen, vielleicht Zuchtstier-Umlage. Sonst laufen wir mit der Verordnung keine Gefahr. Warum noch eine lange Diskussion, wenn doch bald das neue Gesetz vorgelegt werde. Er beantragt Abstimmung.

Präsident: Liest die Vorlage in der neuen Fassung vor.

Regierungschef: macht noch ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ~~die~~ die Verordnung keine untere Strafgrenze festgesetzt habe (Art. 30).

Präsident: Die Strafsanktion des Art. 30 der Verordnung habe natürlich keine Giltigkeit für Delikte, die unter das allgemeine Strafgesetz fallen.

Peter Büchel: Die Vorlage sei reichlich diskutiert worden. Durch eine Spiegelfechtereier sei der Antrag auf Wahl einer Redaktionskommission nicht durchgegangen. Er bedauert dies, fügt aber bei, dass er nicht bei der Kommission hätte sein mögen. Wenn die Kommission gewählt worden wäre, so hätte er dafür gestimmt, jetzt könne er nicht mehr dafür stimmen.

Präsident: Die Vorschläge, die im Landtage gemacht worden seien, seien notiert und werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Peter Büchel: Man sei auf dem besten Wege zu einer Einigung gewesen, aber der Antrag sei nicht durchgegangen. Es gebe auf diese Art Missverständnisse, wenn man solche Sachen nicht diskutiere.

Walser: Zuerst habe man die Finanzkommission bestimmt, die Verordnung mit der Regierung auszuarbeiten und heute wollte man wieder eine andere Kommission wählen. Entweder werde das Gesetz angenommen, oder sonst soll die Verordnung als Gesetz behandelt werden. Wir werden mit den Kommissionen gar nicht mehr fertig. In der Finanzkommission und in der Regierung sind die Bauern in der Ueberzahl. Im Uebrigen haben wir mit der Vorlage jetzt genug Zeit verbraucht.

Präsident: Lässt über die Gesetzesvorlage abstimmen.

Das Gesetz wird mit Einschluss der Dringlichkeits-  
 =====  
 klausel mehrheitlich angenommen.  
 =====

IV. Wahl der Gesundheitskommissionen,  
 =====

Präsident: klärt über die Bestimmungen des Art. 32 des Einführungsgesetzes auf.

Walser: macht Vorschläge.

Gewählt werden: I. Oberland:

Mitglieder:		Stellvertreter:	
Ospelt August, Vaduz	11 St.	<del>Alfons</del> Thöny Alfons, Vaduz	11 St.
Risch Thebbald, Triesen	12 "	Beck Theodor, Triesen	12 "
Frick August, Mels	12 "	Bürzle Wilhelm, Balzers	12 "
Beck Max, Triesenberg	10 "	Beck Johann, Triesenberg	68.10 "

*Halti Jos., Baumwipf, Schaan*      *Jehle, Alar, Schaan 148*  
 Weitere Stimmen erhielten:

Thöny Alfons, Vaduz	1	St.	Ospelt Gustav, Vaduz	1	St.	
Beck Johann, Triesenberg	68	1	St.	Beck Max, Triesenbg.	1	St.

leer 2 Zettel. / II. Unterland.

~~Alfons~~

Marxer Albrecht, Ruggell	13	St.	Heeb Josef, Ruggell	42	13	St.
Matt Jakob, Mauren	8	"	Kaiser Johann, Mauren		7	"
Näscher, Schmie d, Eschen	13	"	Meier Homef, Eschen	80	13	"
Goop Jos., Kassler, Schellenberg	12	"	Wohlwend Franz, Krone, Schellenberg		12	"
Kind Anton, Gamprin	13	3	Büchel Felix, Gamprin		13	"

Leer abgegeben 1 Zettel.

Weitere Stimmen erhielten:

Kaiser Johann, Mauren	5	Stf.	Matt Jakob, Mauren	5	"
Wohlwend, Franz, Schellenbg.	1	"	Goop Jos., Schellenberg	1	"
			Kaiser Jakob, Mauren	1	"

V. Wahl eines Landesschulmitgliedes.

Präsident: Wir haben leider den Verlust des Herrn Oberlehrers Josef Frommelt als Mitglied des Landesschulrates zu beklagen. Frommelt sei ein hervorragender ~~Schulrat~~ Schulmann gewesen, der sein ganzes Leben der Schule aufgeopfert habe. Auch sonst habe er dem Lande in Schulsachen grosse Dienste geleistet. Er ersuche die Anwesenden, das Andenken Frommelts durch Erheben von den Sitzen zu ehren.

Die Abgeordneten leisten dieser Einladung Folge.

Präsident: Wir müssen nun für die restliche Amtsperiode zu einer Neuwahl schreiten. Es könne nach den bestehenden Bestimmungen nur ein Angehöriger des Lehrerstandes gewählt werden.

Marogg: schlägt den Oberlehrer Franz Xaver Gassner in Vaduz vor.

Gewählt mit 13 Stimmen wurde Oberlehrer Franz Xaver Gassner in Vaduz, eine Stimme lautete auf dem Namen Josef Gassner, Vaduz.

Schluss der Sitzung  $\frac{1}{2}$  12 Uhr.

Die Schriftführer:

*Hubmann  
Quaderer*

Der Präsident:

*Hub*

Der Protokollführer :

*Marogg*